An alle Haushalte

BURGWEDEL *im* BLICK

BURGWEDEL SPD

ZEITUNG DES SPD-ORTSVEREINS BURGWEDEL | AUSGABE 1/2020

EDITORIAL

GUTE NACHRICHTEN FÜR BURGWEDEL

Kurz vor Weihnachten war es endlich soweit: Regionspräsident Hauke Jagau und Bürgermeister Axel Düker konnten ihre Unterschriften unter die Verträge zum Standort des neuen Krankenhauses in Großburgwedel setzen. Jetzt können die Planungen beginnen und ein Krankenhaus gebaut werden, das den modernsten medizinischen und pflegerischen Standards entspricht.

Es wird noch einige Jahre dauern bis es soweit ist. Klar ist, das jetzige Krankenhaus bleibt bis zur Fertigstellung des Neubaus in Betrieb. Die verbleibende Zeit wird genutzt, um Vorstellungen über die künftige Nutzung des Geländes zu entwickeln und breit zu erörtern.

Ein Thema, das sich geradezu aufdrängt, ist die Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Es fehlt erschwinglicher und auch barrierefreier Wohnraum für viele. Abhilfe könnte eine drei- bis viergeschossige Bebauung leisten, die sich sehr gut mit einer hohen Aufenthaltsqualität in das benachbarte Umfeld einpasst. Platz wäre dort ebenfalls für eine neue Begegnungsstätte, die auch generationenübergreifend genutzt werden kann.

Wir freuen uns darüber, dass sich nun diese guten Perspektiven für Burgwedel und den Nordosten der Region Hannover eröffnen und werden daran weiter intensiv mitarbeiten. Wir freuen uns auch über weitere engagierte Mitstreiter/innen.

Herzlichst

Andreas Strauch, Regionsabgeordneter und Vorsitzender der SPD Burgwedel

»BURGWEDEL BENÖTIGT NACH WIE VOR MEHR BEZAHLBAREN WOHNRAUM.«

Interview mit Axel Düker, Bürgermeister der Stadt Burgwedel

Foto: Michael Plümer

Lieber Axel, Du blickst auf ein weiteres Jahr als Bürgermeister von Burgwedel zurück. Was hat Dich im zurückliegenden Jahr besonders bewegt?

Ein besonderes Erlebnis, das mir immer wieder durch den Kopf geht und mich noch heute bewegt, war die Verlegung der Stolpersteine des Künstlers Gunter Demnig in der Straße Im Mitteldorf. Der Tod der 28 Säuglinge im Alter zwischen fünf Wochen und acht Monaten hier in Großburgwedel zwischen 1943 und 1945 zeigt die unglaubliche Gnadenlosigkeit des Nazi-Regimes sowie seiner Anhängerinnen und Anhänger. Ich bedanke mich bei allen engagierten Mitstreiterinnen und Mitstreitern, bei allen Patinnen und Paten für die Bereitschaft, an diese Kinder zu erinnern und damit gleichzeitig ein deutliches Zeichen gegen einen auch in unserem Land aufkeimenden neuen oder alten Rassismus zu setzen.

Was waren aus Deiner Sicht 2019 die wichtigsten Entwicklungen für die Stadt?

In ganz frischer Erinnerung steht natürlich die Entscheidung für den Standort des neuen Krankenhauses in Großburgwedel. Nach intensiven Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern konnten wir die Flächen für die Region Hannover sichern. Die Entscheidung für den Krankenhausstandort war ja bereits gefallen, aber jetzt nehmen die Planungen endlich konkrete Konturen an. Burgwedel wird mit einem modernen Krankenhaus mit neuester Medizintechnik gut für die Zukunft gerüstet sein.

»Die Gesundheitsversorgung unserer Stadt bleibt damit langfristig auf einem hohen Niveau gesichert.«

Der Klinik-Neubau entsteht am Rand von Großburgwedel in Richtung Isernhagen FB und damit in sehr zentraler Lage. Die sehr gute Verkehrsanbindung an die Autobahn und die umliegenden Orte haben den Ausschlag gegeben. Die Gesundheitsversorgung unserer Stadt bleibt damit langfristig auf einem hohen Niveau gesichert.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Das ist seine sehr gute Nachricht. Und wie geht es mit dem Neubau des Gymnasiums voran?

Die Erneuerung des Gymnasiums in Großburgwedel ist unsere größte öffentliche Baumaßnahme seit Jahrzehnten. Nach intensiver Planung beginnt der Neubau der Sekundarstufe I und der neuen Dreifeldhalle im Frühjahr 2020. Für die Schule und die Sportvereine ist dabei sehr wichtig, dass es uns gelungen ist, die vorhandenen Sporthallen so lange zu erhalten, bis die neue Halle bezugsfertig sein wird. Trotz der damit verbundenen Kosten hat der Stadtrat sich hier einvernehmlich für diese Lösung entschieden, um die Umbauphase möglichst verträglich zu gestalten.

»Bildung ist ein hohes Gut für die Chancen unserer jungen Menschen.«

Die Investition in die Erneuerung des Gymnasiums stellt eine besondere Herausforderung für den Haushalt der Stadt Burgwedel dar. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass diese Investitionen für eine zeitgemäße, attraktive Bildung zwingend erforderlich sind. Bildung ist ein hohes Gut für die Chancen unserer jungen Menschen ebenso wie für die Lösung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Herausforderungen. Wir investieren hier in unsere Zukunft.

Welche weiteren Projekte waren 2019 von Bedeutung?

Die Baumaßnahmen an der Grundschule Fuhrberg sind nahezu beendet, in diesem Jahr wird es dann in Kleinburgwedel weitergehen. Auch bei den Feuerwehren stehen in den kommenden Jahren eine Reihe von Investitionen in die Häuser und die Ausstattung an. 2019 wurde nach langem Zögern der Ratsmehrheit endlich die Anschaffung einer Drehleiter für die Feuerwehr in Großburgwedel beschlossen. Aus meiner Sicht eine ganz wichtige Investition in die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger.

Im Sommer wurde der neugestaltete Erlebnispfad rund um den Würmsee eröffnet. Die neuaufgestellten Kunstwerke passen perfekt in die Landschaft und laden zum Spazieren und Genießen ein.

Ende 2019 haben wir vorerst das Projekte »Demenzsensible Kommune« abgeschlossen, das im Rahmen der Gesundheitsregion Hannover für zwei Jahre gefördert wurde. Es konnte Einiges auf den Weg gebracht wer-

den, um Demenzkranken und ihren Angehörigen den Alltag zu erleichtern. Zuletzt auch der Beschluss des Stadtrates, einen Bürgerbus in den Ortsteilen einzusetzen. Wir müssen jetzt sehen, wie wir die guten Ergebnisse verstetigen können.

„Burgwedel benötigt nach wie vor mehr bezahlbaren Wohnraum."

Welche Herausforderungen möchtest Du in Burgwedel in naher Zukunft angehen?

Burgwedel benötigt nach wie vor mehr bezahlbaren Wohnraum. Wir leben in einer Stadt mit einer hohen Lebensqualität und einer großen Attraktivität für die Ansiedlung von Unternehmen und Arbeitsplätzen. Neben den beschriebenen Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und Sicherheit betreiben wir eine erfolgreiche Politik der Gewerbeansiedlung. Und wir achten darauf, dass der Flächenverbrauch nachhaltig erfolgt und ökologisch ausgeglichen wird. Dazu müssen sich die Unternehmen bereit erklären, die unsere attraktiven Flächen erwerben wollen.

Wir engagieren uns also für nachfolgende Generationen. Dennoch verfügt Burgwedel im Regionsvergleich über das höchste Durchschnittsalter und eine sinkende Bevölkerungszahl. Denn es fehlt an bezahlbarem Wohnraum gerade für junge Menschen und Familien. Wir haben eine Reihe von Baugebieten in den Ortschaften ausgewiesen, um dort Wohnraum zu schaffen. Überwiegend werden Ein- und Zweifamilienhäuser entstehen, aber auch

Mietwohnungsbau soll dort in überschaubarem Maß realisiert werden.

Vor allem gehören Mehrfamilienhäuser aber an den Siedlungsscherpunkt Großburgwedel mit einer sehr guten Anbindung an Verkehr und Infrastruktur. Und hier muss etwas geschehen. Der aktuelle Krankenhausstandort bietet mit seinen Flächen im Eigentum des Regionsklinikums sicher interessante Chancen in bester Lage. Das wird allerdings noch einige Jahre brauchen. Wir müssen vorher verfügbare Flächen erwerben und sie Investoren zugänglich machen, um den jungen Menschen aus Burgwedel die Möglichkeit zu bieten, hier zu wohnen und nicht in andere Orte abzuwandern, wenn sie ihr Elternhaus verlassen und selbständig werden. Und wir tun klug daran, auch den Beschäftigten unserer Betriebe die Chance zu bieten, nah am Arbeitsplatz zu wohnen anstatt täglich weite Wege zu pendeln.

Ich hoffe sehr, dass auch die Ratsmehrheit sich dazu entschließen kann, neuen Wohnraum in Großburgwedel zu schaffen, der auch für junge Menschen und für Familien erschwinglich ist.

Vielen Dank für das Gespräch, Dir ein erfolgreiches Jahr 2020 und weiterhin eine glückliche Hand! ■

DIGITALISIERUNG HÄLT ENDGÜLTIG EINZUG IN BURGWEDELS SCHULEN

Aus dem DigitalPakt Schulen des Bundes und der Länder stehen 1.070.878 Euro für Burgwedel bereit.

Von Hans-Joachim Rödiger.

Eine Grundgesetzänderung war nötig geworden, damit der Bund Geld – ca. fünf Milliarden Euro – für die Kommunen bereitstellen kann, um die technischen Voraussetzungen für die Nutzung von digitalen Medien in unseren Schulen voranzutreiben. Am 4. April 2019 war es geschafft: Bundesrat und -tag gaben ihre Zustimmung, so dass nun das Geld von den Schulträgern abgerufen werden kann. Burgwedel bekommt pro Schule 30.000 Euro und einen so genannten Kopfbetrag, der aufgrund der SchülerInnenzahlen errechnet wurde. So ergibt sich die Gesamtsumme von über eine Million Euro allein für Burgwedel.

Schon bevor der DigitalPakt verabschiedet wurde, hat der Rat Burgwedels einen Medienentwicklungsplan beschlossen. Die Verwaltung, hier war Herr Plapper als EDV-Verantwortlicher federführend, hat mit den Schulen zusammen über einen Zeitraum von vier Jahren die Bedürfnisse ermittelt und dem Schulausschuss und dem Stadtrat einen Stufenplan zur Umsetzung vorgelegt. Im Sommer 2019 wurde der Plan, dessen Umsetzung ca. 550.000 Euro kosten wird, verabschiedet. Bis Ende 2020 soll alles erledigt sein.

Phase I, die bereits abgeschlossen ist, sah vor, an allen Schulen die Voraussetzungen für ein schnelles Internet zu schaffen. In der auch schon 2019 abgeschlossenen

Fortsetzung auf Seite 4

Gymnasium in Großburgwedel.

Phase II ist in allen Schulen IServ eingerichtet worden, das es ermöglicht, über einen Schulserver ein Schulnetzwerk aufzubauen, über das vielfältige digitale Dienste (z.B. geschützter Mailverkehr, Austausch von erstellten Aufgaben und Hilfestellungen durch die Pädagogen) von LehrerInnen und SchülerInnen genutzt werden können und das hinreichend Sicherheit bietet gegen den Missbrauch der Daten. Die aktuell in der Umsetzung befindliche Phase III sieht vor, alle Pädagogen an Schulen in Burgwedel mit einem »dienstlichen« Endgerät auszustatten, so dass Klassenbücher, Zensurenverwaltung, Stundenplan sowie Unterrichtsvor- und -nachbereitung digital erledigt werden können. Hierfür kann nun das Geld, ca. 150.000 Euro, aus dem DigitalPakt abgerufen werden.

Ebenfalls 2020 sollen die Phasen IV und V abgearbeitet werden. Entsprechend der Anforderungen der einzelnen Schulen werden sie mit mobilen Beamern, digitalen, interaktiven Whiteboards (Projektionsfläche für digitale Medien mit der Möglichkeit, Geschriebenes digital zu speichern und zu verschicken) und Dokumentenkameras ausgestattet. In der letzten Phase dann soll jede Schule mit ausreichend Tablets ausgestattet werden, so dass mit ihnen Unterricht im Klassenverband geplant und durchgeführt werden kann. Die Phase III bis V, in der Summe sind im Medienplan Burgwedels hierfür mehr als 200.000 Euro vorgesehen, können nun aus dem Fonds DigitalPakt finanziert werden und belasten unseren kommunalen Haushalt nicht.

In diesem Jahr muss der Medienentwicklungsplan Burgwedels weiter entwickelt werden, so dass die zugesagten Gelder aus dem DigitalPakt zur weiteren Verbesserung der digitalen Infrastruktur verwendet werden können. Eine weitere Voraussetzung für einen effektiven Einsatz digitaler Medien hat der Rat geschaffen, indem Geld für 1,5 Stellen ausschließlich für die Betreuung der Netzwerke und digitalen Medien in den Schulen bewilligt wurden. Ohne diese kompetenten IT-Fachleute können Netzwerke und Medien heutzutage nicht mehr betreut werden.

Im DigitalPakt wird auch beschrieben, welche Aufgaben die Länder zu erfüllen haben. Sie sollen sich einmal um die Qualifizierung der Lehrkräfte kümmern. Zweitens müssen Vorgaben entwickelt werden, welche digitalen Medien (vom Taschenrechner bis zu Tablet) Berücksichtigung finden sollen. Alle Medien, angefangen von der Kreidetafel bis zum Tablet, sind immer nur Hilfsmittel, um das Lernen zu verbessern. Die Pädagogik bestimmt, welche Mittel sinnvoll eingesetzt werden können. Ohne Frage müssen junge Menschen heute mit vielfältigen Kompetenzen in der Nutzung neuer Medien die Schulen verlassen, um in der Erwachsenenwelt des 21. Jahrhunderts bestehen zu können. Richtig bleibt aber auch weiterhin die Aussage, dass das Lernen über die zwischenmenschlichen Begegnungen aller im Bildungsprozess geschieht. Kein technisches Gerät ist ein Selbstläufer.

Die SPD Burgwedel hat am 22. Januar 2020 eine Veranstaltung zum Thema »Einsatz von neuen Medien in der Grundschule« durchgeführt. Zielsetzung war, eine Diskussion zum Lernen in den Grundschulen anzuregen.

EINGELADEN WAREN:

Anne Kilian, GEW Schulhauptpersonalrat, Referentin auf Bildungsveranstaltungen zu Thema Digitalisierung in Schulen, **Reiner Kapahnke**, Seminarleiter Studienseminar Hannover II GHR, Ausbilder von LehrerInnen im Vorbereitungsdienst und somit aktuell mit Fragen der Digitalisierung von Unterricht konfrontiert, **Herr Thönnessen**, Rektor der Grundschule Großburgwedel und damit in seiner Rolle als Schulleiter für die Implementierung mitverantwortlich, **Henrik Massow**, Elternvertreter im Schulausschuss Burgwedels.

ZWEI SCHWERPUNKTE WURDEN AN DEM ABEND GESETZT:

Der DigitalPakt und dessen Umsetzung in den Kommunen – vor allem am Beispiel von Großburgwedel – sowie pädagogische Implikationen des Lernens mit digitalen Medien im Primarbereich. Die Diskussion hat die konträren Auffassungen berücksichtigt, die im Spannungsfeld von zwei Thesen liegen:

— *»Kindergärten und Grundschulen müssen das Recht und die Freiheit haben, nur mit analogen Medien zu arbeiten. Bildschirmfreie Einrichtungen dürfen nicht vernachlässigt und weniger gut finanziert werden. Die Autonomie der Kindergärten und Schulen ist durch größtmögliche Entscheidungsfreiheit vor Ort zu stärken.« (vergl. Paula Beckmann). Ein Mehrwert beim Lernen mit digitalen Medien ist nicht belegt*

– *»Doch liegt gerade in der Erweiterung des didaktischen Handwerkszeugs einer Lehrkraft der elementare Vorteil digitaler Medien. Apps, Videos und neueste Technologien eignen sich in besonderer Weise zur Differenzierung und Individualisierung des Unterrichts. Kurz: So verschieden die Kinder sind, so verschieden sind auch ihre Fähigkeiten und ihre kognitiven Zugänge zu einem Lerngegenstand.« (vergl. Prof. Dr. Julia Knopf).* ■

VERKEHRSZAHLEN IN FUHRBERG VERDOPPELT – LÄRMSCHUTZ IN DER WARTESCHLEIFE

Von Björn Lüders

Lärm und Verkehr sind Themen, die viele Menschen in allen Stadtteilen Burgwedels alltäglich beschäftigen. Durch die stetig steigende Anzahl von Autos und Lastkraftwagen auf unseren Straßen steigt im gleichen Maße der durch diesen Verkehr erzeugte Frust bei betroffenen Bürgerinnen und Bürgern. Fuhrberg ist durch die Landesstraße L310 als Hauptzubringer zwischen Celle und der Autobahn A7 und durch die ebenfalls vielbefahrene L381 im Süden weit mehr als die anderen Burgwedeler Ortschaften von einem hohen Verkehrsaufkommen und damit verbundenen Lärm und Abgasen betroffen.

Das Umweltbundesamt fasst in einem Artikel die gesundheitlichen Folgen, die alleine durch Lärmbelastung ausgelöst werden, folgendermaßen zusammen:

»Lärm löst abhängig von der Tageszeit (Tag/Nacht) unterschiedliche Reaktionen aus. Im Allgemeinen sind bei Mittelungspegeln innerhalb von Wohnungen, die nachts unter 25 dB(A) und tags unter 35 dB(A) liegen, keine nennenswerten Beeinträchtigungen zu erwarten. […] Tagsüber ist bei Mittelungspegeln über 55 dB(A) außerhalb des Hauses zunehmend mit Beeinträchtigungen des psychischen und sozialen Wohlbefindens zu rechnen. Um die Gesundheit zu schützen, sollte ein Mittelungspegel von 65 dB(A) am Tage und 55 dB(A) in der Nacht nicht überschritten werden.«[1]

24h Tag-Abend-Nacht-Lärmindex Lden (den = Day/Evening/Night)

Nachtlärmindex Ln (n = Night)

Die von der Landesregierung im Rahmen der strategischen Lärmkartierung im Jahr 2017 erhobenen Lärmwerte weisen für den inneren Ortsbereich Fuhrbergs allerdings in der Nacht Werte von bis zu 65 dB(A) und für den gesamten Tag Werte von bis zu 70 dB(A) aus. Dem Umweltbundesamt folgend wären potenziell für mehrere hundert Anwohner in diesem Bereich also nennenswerte Beeinträchtigungen zu erwarten. Studien haben hierzu nachgewiesen, dass Menschen, die nachts einem Schallpegel von 55 dB(A) oder mehr ausgesetzt waren, fast doppelt so häufig wegen Bluthochdrucks in ärztlicher Behandlung waren wie Menschen, bei denen der Pegel unter 50 dB(A) lag. Ebenso liegt das Risiko für einen Herzinfarkt höher.[2]

Foto: shutterstock

Die Anzahl der lärmverursachenden Fahrzeuge hat sich seit der Verkehrszählung in 2010, bei der noch verträgliche 10.700 Kraftfahrzeuge pro Tag gezählt wurden, auf 21.288 Kraftfahrzeuge pro Tag nahezu verdoppelt. Die in 2017 durch die Verkehrsmessung der Stadt Burgwedel zu Tage gebrachten Ergebnisse zeigen zudem, dass im Durchschnitt täglich 2.668 Lastkraftwagen oder Lastzüge die Ortsdurchfahrt nutzen. Zum Vergleich: An der Anschlussstelle Mellendorf der A7 werden laut der niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr durchschnittlich rund 90.600 Kraftfahrzeuge pro Tag gezählt. Somit haben wir es also in der eng bebauten Ortsdurchfahrt von Fuhrberg täglich mit knapp einem Viertel der Fahrzeuge zu tun, wie sie ansonsten auf einer sechsspurigen Autobahn zu finden sind. Zu ergänzen bleibt, dass bei den bisher durchgeführten Studien die Gefahren durch Abgase und Verkehrsunfälle für die Bürger in Fuhrberg nicht bewertet wurden. Die Ergebnisse solcher Untersuchungen wären sicher ebenfalls wenig erbaulich.

Die SPD Fuhrberg setzt sich nun seit mittlerweile über 30 Jahren aktiv im Ortsrat dafür ein, den Verkehr zu begrenzen. Die Bemühungen begannen im Jahr 1992 mit einem ersten Antrag zum Bau einer Umgehungsstraße, die bis heute nicht in Sicht ist. Es handelt sich um eine Landesstraße und in den Landeshaushalten werden keine Mittel mehr für Maßnahmen wie diese

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

bereitgestellt. Bis zum Stopp durch den Landesrechnungshof in 2004 wurden solche Großprojekte unter anderem noch über das niedersächsische Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz geplant und umgesetzt.

Um das Problem nicht unter den Tisch fallen zu lassen, haben die SPD-Ortsräte Torsten Allert und Christian Raab das Thema aufgenommen und im April 2019 mit einem Antrag die baldige Erstellung eines Lärmaktionsplans zur Bewertung und vor allem zur Begrenzung von Lärm gefordert.[3]

Edelgard Hartung, Mitglied der Bürgerinitiative Ortsumgehung Fuhrberg (BiFUm), erklärt dazu: »Messergebnisse wie die oben genannten machen uns als betroffene Anwohner wütend. Wir erwarten bestimmt keine Wunder von einem Lärmaktionsplan. Es ist aber nicht zielführend und ein Schlag ins Gesicht der betroffenen Bürgerinnen und Bürger, wenn ein führender Vertreter der Stadt in der letzten Ortsratssitzung sinngemäß sagt, dass die Stadt Wichtigeres zu tun habe als die Erstellung eines Lärmaktionsplans.«

Die Stadt Burgwedel kann diese Probleme nicht alleine lösen. Allerdings ist die Erstellung eines Lärmaktionsplans Sache der Stadt. Konsequenzen wie Geschwindigkeitsbegrenzungen, Kreisel oder gar eine Umgehungsstraße müssen vor allem vom Land Niedersachsen durchgeführt werden. Wir fordern aber die Stadt Burgwedel auf, sich bei Region und Land für unsere Anliegen stark zu machen. ■

KOMMENTAR | Christian Raab, stv. Vorsitzender SPD Fuhrberg und Ortsrat

»Wir brauchen endlich einen Plan, wo wir zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern kritische Stellen der Lärmbelastung in Fuhrberg identifizieren. Gemeinsam können wir dann gezielte Maßnahmen festlegen und umsetzen, um die Lärmbelastung zu reduzieren. Genau dieses Vorgehen ist in einem Lärmaktionsplan vorgesehen. Letztlich führt eine Reduzierung des Umgebungslärms zu einer besseren Gesundheit und mehr Lebensqualität in unserem Ort.« ■

KOMMENTAR | Torsten Allert, stv. Ortsbürgermeister und Ortsrat

»Keine Ortschaft der Stadt Burgwedel ist auch nur annähernd solch einer Verkehrsbelastung ausgesetzt. Die Begrenzung in der Nacht ist nur ein Tropfen auf denheißen Stein. Oft wird direkt nach der Blitzersäule wieder richtig Gas gegeben und nochmal extra auf die Hupe gedrückt, um sich bei den Anwohnern für die Geschwindigkeitsbegrenzung zu bedanken. Da schaut man als Fuhrberger überrascht in die anderen Ortsteile, wo viel Geld in die Verkehrsinfastruktur gesteckt wurde. Wie z. B. in Wettmar, Kleinburgwedel oder Thönse, wo Kreisel und Verkehrsinseln möglich sind, die bei uns immer abgelehnt wurden.

Da eine Realisierung für eine Ortsumgehung in absehbarer Zeit nicht möglich erscheint, wollen wir aber unsere Fuß- und Radwege in einem zeitgemäßen, guten Zustand haben und den Schwerlastverkehr aus dem Ort verbannen. Deswegen erwarten wir von der Stadt Burgwedel in Zusammenarbeit mit der Region und dem Land ein Konzept, durch das wir in Fuhrberg in den nächsten Jahren eine deutliche Verbesserung spüren können. Leider können wir bei diesem Thema nicht auf die Unterstützung des CDU Ortsverbandes Fuhrberg setzen. Selbst die von uns unterstützte Forderung nach einer 30km/h Zone in der Dorfstraße traf bei den ‚Schwarzen' auf sehr wenig Gegenliebe. Die SPD wird deshalb weiterhin auf die Probleme aufmerksam machen und sich dafür einsetzen, die Situation zu verbessern. Wer uns bei diesem Thema und natürlich auch in anderen Bereichen unterstützen möchte, ist bei uns herzlich willkommen.« ■

1 Siehe https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/verkehrslaerm/strassenverkehrslaerm (abgerufen am 14. Oktober 2019).
2 Siehe https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/laermwirkung/stressreaktionen-herz-kreislauf-erkrankungen (abgerufen am 14. Oktober 2019).
3 Siehe https://www.burgwedel.de/allris/to010.asp?SILFDNR=1582 (abgerufen am 14. Oktober 2019).

PATIENTENVERFÜGUNG UND VORSORGEVOLLMACHT – WIE VIEL SICHERHEIT STECKT IN EINEM FORMULAR?

So lautete das Thema, zu dem die SPD Burgwedel am 30.10.2019 in die Aula der Grundschule Großburgwedel eingeladen hatte. Rosemarie Fischer, Juristin und Expertin auf diesem Gebiet, stellte in gut verständlichen Worten die Bedeutung dieser Vorsorgeinstrumente vor.

Weitere Informationen finden Sie auf www.spd-burgwedel.de

Foto: Anke Bsteh (links), stv. Vorsitzende der SPD Burgwedel, mit Rosemarie Fischer bei deren Vortrag ■

WIE FUNKTIONIERT EIGENTLICH KOMMUNALPOLITIK?

Von Karin Beckmann

»Die Abgeordneten werden von den Bürgerinnen und Bürgern in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt.« § 47 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz.

Jede Kommune (Stadt, Einheitsgemeinde, Samtgemeinde, Landkreis oder Region) in Deutschland wird von einem Kommunalparlament politisch gesteuert. Die Verwaltung bearbeitet die alltäglichen Aufgaben. Die Entscheidungen beispielsweise über den Stellenplan, den Haushalt, Investitionen oder die freiwilligen Leistungen (Kultur- und Sportförderung, Unterstützung von sozialen Initiativen und Beratungsstellen, Bücherei, Veranstaltungen etc.) werden im Parlament getroffen.

WIE SEHEN DIE STRUKTUREN IN BURGWEDEL AUS?

In Burgwedel heißt das Kommunalparlament Stadtrat. Daneben gibt es in den einzelnen Ortschaften Ortsräte, die für einige Entscheidungen auf der örtlichen Ebene zuständig sind bzw. vor Stadtratsentscheidungen gehört werden. Die Region Hannover hat ein Regionsparlament, die Regionsversammlung. Dort werden auch für Burgwedel wichtige Entscheidungen in der Zuständigkeit der Region Hannover wie z.B. Öffentlicher Nahverkehr, Kreisstraßen, Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung, Regionalplanung, Umwelt, Sozialleistungen, Gesundheit und Berufsschulen getroffen.

WIE WIRD MAN MITGLIED IM STADTRAT UND WAS BEDEUTET DAS?

Die Mitglieder des Stadtrates, der Ortsräte und der Regionsversammlung werden alle fünf Jahre bei den Kommunalwahlen neu gewählt. Die meisten Mitglieder treten auf den Listen von politischen Parteien an, es gibt auch Wählergemeinschaften oder Einzelbewerber/innen.

Zur Abgeordneten oder zum Abgeordneten sind Personen nach § 49 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz wählbar, die am Wahltag

— mindestens 18 Jahre alt sind,
— seit mindestens sechs Monaten im Gebiet der Kommune ihren Wohnsitz haben und
— Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland oder Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union sind.

Foto: shutterstock

Die Parteien stellen ihre Kandidatinnen und Kandidaten in der Regel in Mitgliederversammlungen oder Delegiertenversammlungen auf. Bei der SPD werden die Wahllisten für Stadtrat und Ortsräte in einer Mitgliederversammlung aufgestellt. Die Entscheidung darüber, wer von der Kandidatenliste letztlich einen Sitz im Rat bekommt, setzt sich aus persönlichen Stimmen und Stimmen für die Liste zusammen. Die Kandidat/inn/en, die nicht sofort gewählt werden, können im Laufe der fünf Jahre nachrücken, wenn jemand aus den Räten ausscheidet.

Oft ist es gar nicht so einfach, genügend Männer und vor allem Frauen zu finden, die bereit sind, zur Wahl anzutreten. Denn das bedeutet, sich öffentlich zu seiner Meinung zu bekennen. Man muss nicht unbedingt SPD-Mitglied sein, um auf der Liste der SPD zu kandidieren, aber die Grundüberzeugungen sollten schon passen. Und sich öffentlich zu einer Partei zu bekennen, bedeutet eben nicht nur Anerkennung, sondern häufig auch Unverständnis und Kritik von anderen.

KOMMUNALPOLITIK IST EHRENAMT

Außerdem ist die Mitgliedschaft in den Räten oder auch in der Regionsversammlung eben auch mit Arbeit verbunden. Da sind die Ratssitzungen, die Ausschusssitzungen, die Sitzungen der eigenen Fraktion und zum Teil die Arbeit in der Partei oder weitere Ehrenämter. Ratsmitglieder und Mitglieder der Regionsversammlung sind keine Abgeordneten. Im Gegensatz zum Landtag oder Bundestag ist die komplette Tätigkeit ehrenamtlich. Man bekommt eine Aufwandsentschädigung für die Sitzungen, beim Stadtrat in Burgwedel sind das im Moment 124 Euro im Monat. Ein Teil davon wird – zumindest bei der SPD – an die Partei gespendet, denn Veranstaltungen und Wahlkämpfe sind teuer und ohne Spenden würde das gar nicht funktionieren. Die SPD vor Ort bekommt als sonstige Einnahme nämlich nur einen ganz kleinen Teil der Mitgliedsbeiträge (ca. drei Prozent).

POLITISCHE ZUSAMMENSETZUNG DES RATES DER STADT BURGWEDEL

Im Rat der Stadt Burgwedel verfügen für die Wahlperiode von 2016 bis 2021 die CDU über 16, die SPD über acht, die Grünen über drei, die FDP über zwei, die Unabhängigen über zwei, die AfD, die Partei und die WEB über jeweils ein Mandat. CDU und FDP bilden eine Fraktionsgemeinschaft ebenso wie SPD/WEB und die Partei. Diese Fraktionsgemeinschaften haben Auswirkungen auf die Anzahl der Sitze in den Fachausschüssen.

BERATEN WIRD IN DEN FACHAUSSCHÜSSEN

Sowohl bei der Regionsversammlung als auch beim Stadtrat gibt es Fachausschüsse, in denen politische Anträge und Vorschläge der Verwaltung beraten werden. Die Ratsmitglieder sind gleichzeitig Mitglieder in einem oder mehreren Ausschüssen. Die Zusammensetzung der Fachausschüsse richtet sich nach der Anzahl der Sitze der jeweiligen Parteien im Stadtrat oder eben der Regionsversammlung. Die Regionsversammlung verfügt über den Regionsausschuss sowie 12 Fachausschüsse.

IN BURGWEDEL GIBT ES ACHT AUSSCHÜSSE:

— Den **Verwaltungsausschuss,** der in der Regel nach den Beratungen in den anderen Fachausschüssen Beschlüsse fasst, die dann als Empfehlungen in die Ratssitzung gehen. In Grenzen kann der Verwaltungsausschuss auch ohne anschließende Befassung der Themen im Rat abschließend entscheiden.

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

— Den **Bau-, Planungs- und Umweltausschuss**: Hier wird z. B. über Bebauungspläne und Investitionen in Wohnungsbau und Gewerbeflächen entschieden.
— Den **Finanzausschuss**: Hier finden vor allem die jährlichen Beratungen zur Aufstellung des städtischen Haushalts statt.
— Den **Ausschuss für Sport und Freizeit**. Hier wird z. B. vor den Beratungen im Bauausschuss über die Sanierung oder Erweiterung von Sportstätten beraten aber auch über Anträge zur Sportförderung. Im Sportausschuss ist außer den Ratsmitgliedern ein/e Vertreter/in des Sportrings Burgwedels, also der Vereine, mit Stimmrecht dabei.
— Den **Jugendausschuss**: Hier geht es z. B. um die Jugendhilfe und die Kindertagesstätten.
— Den **Ausschuss für Demografie, Soziales und Kultur**: Hier wird z. B. über die Unterstützung von sozialen Beratungsstellen und Initiativen, das Kulturprogramm der Stadt und vor dem Bauausschuss über generationengerechtes Wohnen debattiert.
— Den **Schulausschuss**: Hier geht es vor dem Bauausschuss um Investitionen in die Schulen aber auch um die Ausstattung und die Konzepte. Im Schulausschuss sind außer den Ratsmitgliedern ein/e Vertreter/in der Schülerschaft, der Lehrerschaft sowie des Stadtelternrates mit Stimmrecht dabei.
— Den **Feuerschutzausschuss**: Hier geht es um die Ausstattung der Feuerwehr und die Bedingungen für die ehrenamtlichen Feuerwehrleute.

JEDER UND JEDE KANN MITMACHEN

Hoffentlich ist etwas klarer geworden, wie Kommunalpolitik in Deutschland und in Burgwedel funktioniert. Ohne das ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, die für die Parlamente kandidieren, kann unser demokratisches System nicht funktionieren. Jede/r kann sich zur Wahl stellen, wenn er entweder bei einer politischen Partei mitmischt oder eine bestimmte Anzahl von Unterschriften für ihre/seine Kandidatur gesammelt hat.

Das Prinzip der Demokratie in Deutschland ist seit 1949, dass es drei Stränge geben muss. Die Exekutive, das ist die ausführende Verwaltung, die Legislative, das sind die Gesetzgebung und die politische Kontrolle, die bei freien Wahlen bestimmt wird, und die Judikative, das sind die Gerichte. So wird sichergestellt, dass keine Willkür herrscht und die Bürgerinnen und Bürger letztlich über Wahlen die Kontrolle ausüben. Ich meine, dafür lohnt es sich, sich zu engagieren. Bei vielen von uns ist die Zeit knapp aber irgendjemand muss es tun und es macht ja auch Spaß, mitzugestalten und mitzuentscheiden, was in unserer Stadt passiert. ■

SPD BURGWEDEL SAMMELT SPENDEN FÜR DEN ELTERNVEREIN FRÜHerLEBEN E.V.

Foto: MHH

Von Anke Bsteh

Auch 2019 war die SPD Burgwedel mit einer Hütte auf dem Weihnachtsmarkt in Großburgwedel vertreten. Wir haben intensive Recherche betrieben, wem wir in diesem Jahr die Erlöse aus dem Verkauf unserer selbstgemachten Leckereien zugute kommen lassen möchten. Die Wahl fiel dabei auf den Elternverein FRÜHerLEBEN e.V. in Hannover, der sich im Speziellen um die psychosoziale Versorgung der frühgeborenen Kinder und deren Angehörigen kümmert. Wir freuen uns sehr, damit ein Projekt unterstützen zu können, für dessen Umsetzung jeder Euro benötigt wird.

Die Früh- und Neugeborenen-Intensivstation der MHH ist eine der größten Abteilungen für Früh- und Neugeborene in Niedersachsen, in der auch die kleinsten Frühgeborenen und die am schwersten erkrankten Patienten auf höchstem medizinischen Niveau betreut werden.

Parallel zu dieser fachlichen Versorgung ist es dem Team der Station 69 ein großes Anliegen, die Eltern von Geburt an möglichst umfassend einzubeziehen. Hierfür ist es unabdingbar, dass die Eltern in diesen Phasen ein wenig Entspannung und Ruhe finden, um dieses Gefühl dann auch an ihre Kinder weitergeben zu können. Auf einer Intensivstation mit vielen Geräten und medizinisch notwendigen Maßnahmen ist dies nicht immer einfach zu realisieren. Darum ist es der große Wunsch des Stationsteams, eine ansprechende Wohlfühlatmosphäre zu schaffen. Dies soll mit dimmbarer Beleuchtung, Paravents, Jalousien und mobilen Liegen, auf denen die Eltern bequem längere Zeit mit ihren Frühgeborenen liegen können, erreicht werden.

Die SPD Burgwedel bedankt sich bei zahlreichen kauf- und spendenfreudigen Menschen, die an unserem Stand kleine kulinarische Geschenken zum Weihnachtsfest erstanden oder leckere Quarkkeulchen gekostet und dafür gespendet haben. Darüber hinaus hat der Aufruf der Burgwedler SPD, für den guten Zweck zu backen, mittlerweile seine Tradition gefunden. Dank zahlreicher Burgwedlerinnen und Burgwedler gab es auch in diesem Jahr wieder eine bunte und leckere Vielfalt an Plätzchen zum Verkauf. Wir sind begeistert von dem Engagement und bedanken uns bei allen kleinen und großen Backfreunden der Stadt Burgwedel.

Weiter verkauft und gesammelt wurde beim traditionellen Neujahrsempfang der SPD am 26. Januar. ■

Foto: shutterstock

AKTIVE SOZIALDEMOKRATEN STELLEN SICH VOR

Name: Niko Strauch
Alter: 18 Jahre alt
Beruf: Schüler
Politisch aktiv: Stv. Vorsitzender der Jusos Burgwedel
In der SPD seit 2019

Meine Entscheidung in die SPD einzutreten entstand aus mehreren Gründen. Zum einen spielte meine Erziehung eine Rolle. Meine Eltern sind beide aktive SPD-Mitglieder und schon von Beginn an gaben sie mir sozialdemokratische Werte mit auf den Weg. Dann kam auch noch der Aufschwung der Rechtsradikalität in den letzten Jahren hinzu, was mich ebenfalls stark beeinflusste. Am wichtigsten aber war wahrscheinlich die Lage der SPD zum Zeitpunkt meines Beitritts. Die Wahlergebnisse waren so niedrig wie seit Langem nicht mehr und viele Wähler verloren das Vertrauen. Um die SPD zu unterstützen und politisch aktiv zu werden beschloss ich also der Partei beizutreten. Für mich ist eine starke SPD sowohl auf kommunaler, wie auch auf Bundesebene wichtig, da keine andere Partei sich so für die Rechte und das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger sowie die Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit einsetzt. Ich wünsche mir, dass die SPD wieder zur führenden politischen Kraft Deutschlands wird und dem Rechtspopulismus ein Ende bereitet. ■

Name: Julian Kienast
Alter: 24 Jahre alt
Beruf: Kaufmännischer Angestellter
Politisch aktiv: Mitgliederbeauftragter der SPD Burgwedel, Vorsitzender der Jusos Burgwedel
Ehrenamt: Mitglied der Arbeiterwohlfahrt
In der SPD seit 2018

Seitdem ich wählen darf, gab es für mich keine andere Partei als die SPD. Soziale Gerechtigkeit ist ein Thema, welches mir sehr am Herzen liegt und was mich antreibt, mich politisch zu engagieren. Als die SPD in den Umfragen 2018 ins Bodenlose stürzte und sich ein Rechtsruck in der Gesellschaft bemerkbar machte, bin ich kurzentschlossen Mitglied der SPD geworden. Dies habe ich seitdem keinen Tag bereut.

Ob es Aktionen sind, die wir zusammen durchführen oder ob es Wahlkampf ist; ich versuche so oft wie möglich an den Terminen teilzunehmen, um Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Idee der Sozialdemokratie wieder näher bringen zu können. Die letzten Wahlergebnisse, vor allem die Oberbürgermeister-Wahl in Hannover, haben mir gezeigt, dass es noch viel zu tun gibt. Ich bzw. wir, die SPD Burgwedel, sind bereit die Ärmel hochzukrempeln und uns für eine starke Sozialdemokratie einzusetzen. Zum Schluss noch mal ein riesiges Dankeschön an den gesamten Ortsverein, der es mir wirklich sehr leicht gemacht hat, Anschluss zu finden. Ein besonderer Dank gilt Jochen Rödiger, der mir bei Fragen immer mit Rat und Tat zur Seite steht. ■

SCHLECHTE WAHL- UND UMFRAGEERGEBNISSE. ZEIT ZU RESIGNIEREN?

Von Julian Kienast

Sowohl die OB-Wahl in Hannover als auch die Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen haben uns eines offenbart: Die SPD ist für viele Menschen nicht länger wählbar. Die Gründe dafür sind vielschichtig: Der Eintritt in die GroKo, für viele Leute gibt es keinen wahrnehmbaren Unterschied gegenüber der CDU und die Taten vergangener Tage.

Dass viele Leute mit der SPD zu hart ins Gericht gehen, ist aber nicht nur falsch, sondern entbehrt auch teilweise jedweder Grundlage. Die Errungenschaften der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für Deutschland sind nicht von der Hand zu weisen.

Gebührenfreie Kitas, Investitionen in Höhe von 5,5 Milliarden Euro für frühkindliche Bildung, die Erhöhung des Kindergelds und die Erhöhung der Investitionen für den Bau von Sozialwohnungen sind nur einige Neuerungen die ab dem 01.01.2019 ins Leben gerufen wurden. Die SPD ist nicht perfekt und hat mit Sicherheit in der Vergangenheit nicht alles richtig gemacht – die Erfolge sind jedoch ebenso wenig zu verachten.

Wir, die SPD Burgwedel, sind jederzeit ansprechbar. Wir kommen gerne mit Ihnen und Euch ins Gespräch und nehmen Verbesserungsvorschläge nicht nur zur Kenntnis, sondern versuchen diese auch umzusetzen. Ein vernünftiger Diskurs hilft uns, unsere Themen zu spezifizieren und damit unser Zusammenleben zu verbessern. Wir freuen uns darauf, denn resignieren werden wir nicht. Wir kämpfen weiter für eine gerechtere Stadt und für ein gerechteres Land! ■

NEUES BAUGEBIET IN FUHRBERG

Schaffung von kostengünstigem und bedarfsgerechtem Wohnraum

Von Christian Raab

Die Nachfrage nach Baugrundstücken und Wohnungen in der Stadt Burgwedel ist nach wie vor ein Thema, das viele Bürgerinnen und Bürger beschäftigt. Gerade für junge Familien und Rentner mit geringem oder mittlerem Einkommen ist kostengünstiger Wohnraum praktisch kaum oder nur sehr schwer zu bekommen. Diese Entwicklung wurde im Wohnraumkonzept der Region Hannover vom März 2019 bestätigt. Dabei wurde der Bedarf an neuen Wohnungen für einen Zeitraum von 2016–2025 analysiert. Das Konzept berechnete für die Stadt Burgwedel hier einen Bedarf von 420 neuen Wohneinheiten, diese unterteilen sich in 220 Mehrfamilienhäuser und 200 Einfamilienhäuser.

In Fuhrberg war die Entwicklung neuer Baugebiete nicht möglich, da die örtliche Kläranlage ihre Kapazitätsgrenzen erreicht hatte und eine Druckrohrleitung zum Zentralklärwerk in Großburgwedel bis jetzt nicht realisiert wurde. Neue Wohnungen konnten daher nur in bereits vorhandenen Baulücken gebautwerden. In unseren Gesprächen mit Fuhrberger Bürgerinnen und Bürgern erleben wir immer wieder junge Familien, die gerne vor Ort bleiben möchten, aber keinen geeigneten Bauplatz oder Wohnung in Fuhrberg finden können. Das Problem an fehlendem bezahlbaren Wohnraum betrifft neben Familien auch junge Erwachsene und Rentner. Diese würden gerne weiterhin in Fuhrberg wohnen bleiben, finden aber in ihrem Einkommenssegment keine Wohnung.

Mit dem Bau der Druckrohrleitung soll jetzt im nächsten Jahr begonnen werden, sodass wieder eine Weiterentwicklung Fuhrbergs möglich ist. Parallel dazu soll die Planung eines neuen Baugebiets »Oberer Haselkamp« stattfinden. Es handelt sich dabei um eine ca. 3,4 ha große Fläche zwischen den Straßen »An der Schule« und »Sachsenring«.

In einem ersten Schritt wurde seitens der Stadtverwaltung ein Aufstellungsbeschluss für die ausgewiesene Fläche gefasst. Als nächstes folgt die Entwicklung des Bebauungsplans, die unter Einbezug der Öffentlichkeit ca. ein Jahr dauern wird. Bevor damit begonnen werden kann, soll jedoch zunächst die Planung der Neubaugebiete in den Ortsteilen Kleinburgwedel, Wettmar und Engensen abgeschlossen werden. Es kann also noch 2–3 Jahre dauern, bis die ersten Baugrundstücke vergeben werden können. Je nach Definition des Bebauungsplans könnten so im »Oberen Haselkamp« 12 bis 20 neue Baugrundstücke entstehen.

Die SPD hat sich im Ortsrat Fuhrberg bereits frühzeitig für die Schaffung von bedarfsgerechtem und kostengünstigem Wohnraum stark gemacht: Der in Aufstellung befindliche neue Bebauungsplan soll nicht nur die Zulässigkeit von Einzelhäusern festsetzen. Um das Angebot an bezahlbarem Wohnraum in der Stadt Burgwedel zu erweitern, soll der Bebauungsplan vielmehr auch die Errichtung von Doppelhäusern, Reihenhäusern und Mehrfamilienhäusern mit maximal zwei Stockwerken zulassen.

Bei dem Verkauf der Bauplätze des kommunalen Baulands muss eine Regelung getroffen werden, um bezahlbare Mietwohnungen zu bevorzugen. Bau- und Wohnkonzepte, die es auch Personen mit geringen oder mittleren Einkommen ermöglichen, günstig zur Miete zu wohnen, sollen besonders gefördert werden.

Ortsansässige Familien mit Kindern, die schon lange in Fuhrberg wohnen, sollen bei der Vergabe von Grundstücken für Einfamilienhäuser bevorzugt berücksichtigt werden. Dies sollte ebenso für alle Bewerber gelten, die ihre Kindheit oder Jugend in Fuhrberg verbracht haben und jetzt zurückkehren wollen.

Wir möchten mit den vorgeschlagenen Maßnahmen der allgemeinen demographischen Entwicklung in Burgwedel entgegenwirken. Ein aktives und nachhaltiges Dorfleben lässt sich aus unserer Sicht nur erhalten, indem wir attraktiven Wohnraum für alle Einkommensgruppen schaffen. ■

Grundschule in Fuhrberg

AUS DEM NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAG

VERFASSUNGSRANG FÜR KLIMASCHUTZ

Niedersächsisches Klimagesetz im Oktober auf den Weg gebracht.

Thordies Hanisch, Mitglied des Landtages. Sie ist Mitglied in den Ausschüssen für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung sowie für für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung.

Von Thordies Hanisch

Im niedersächsischen Landtag haben wir am 23. Oktober 2019 zusammen mit unserem Koalitionspartner das Niedersächsische Klimagesetz eingebracht. Damit intensivieren wir unsere Bestrebungen für einen höheren Klimaschutz. Wir werden dem Klimaschutz in Niedersachsen Verfassungsrang einräumen und ihn somit zur generationsübergreifenden Staatsaufgabe erklären!

Die Treibhausgasemissionen sollen bis 2030 um 55 Prozent im Vergleich zu 1990 sinken, bis 2050 wird eine Reduktion von 80 bis 95 Prozent angestrebt. Bis zum Jahr 2050 soll zudem die vollständige Umstellung der Energieversorgung in Niedersachsen auf erneuerbare Energien erreicht werden. Das Niedersächsische Klimagesetz setzt sich damit klare Ziele zur Reduktion von Treibhausgasen und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels.

Für den Bereich der Landesverwaltung wird bis zum Jahr 2030 eine Reduktion der jährlichen Treibhausgasemissionen um 70 Prozent gegenüber den Werten von 1990 vorgesehen, bis zum Jahr 2050 soll eine weitestgehend klimaneutrale Landesverwaltung erreicht werden.

Nach dem Beschluss des Gesetzes werden wir zeitnah ein Klimaschutzprogramm auf den Weg bringen. In diesem werden dann konkrete Maßnahmen und Mittel festgelegt, damit wir unsere Ziele erreichen. Niedersachsen ist Energieland Nr. 1 und muss daher auch eine bundesweite Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnehmen. Das Klimagesetz sieht auch die intensive Erforschung und Entwicklung neuer klimaschützender Technologien wie beispielsweise der Wasserstofftechnologie zur Einsparung von CO_2-Emissionen vor.

Die Ziele des Gesetzes sind ehrgeizig, aber nur so können wir auch die Klimaziele erreichen. Wir in Niedersachsen leisten unseren Beitrag, um eine Reduktion von Treibhausgasen voranzutreiben und die Folgen des Klimawandels abzumildern. Anders als andere Parteien setzen wir jedoch nicht nur auf Verbote. Niedersachsens Erfolg hängt in weiten Teilen auch von dem Erfolg der Automobilindustrie ab, mit der hunderttausende Jobs verbunden sind. Wir müssen Arbeit und Umwelt in Einklang bringen, um gemeinsam den Klimawandel sozialverträglich zu bewältigen. Das muss jedoch schneller geschehen als bisher.

Mit dem Niedersächsischen Klimagesetz wird ein aktiver Beitrag zur Erreichung der internationalen und nationalen Klimaschutzziele geleistet. ■

Foto: shutterstock

NEUJAHRSBEGEGNUNG DER SPD BURGWEDEL IM WOHN-PARK

Seit mittlerweile sechs Jahren finden sich bei der Neujahrsbegegnung der SPD Burgwedel neben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch gern gesehene Gäste aus Vereinen und Initiativen in Burgwedel ein. In diesem Jahr erinnerte die Landtagsabgeordnete Thordies Hanisch in einem kurzen Beitrag an sozialdemokratische Errungenschaften der letzen zwei Jahre wie die Gebührenfreiheit in Kitas und die Abschaffung des Schulgeldes für Gesundheitsberufe. Dann gab sie als Mitglied des Agrarausschusses im niedersächsischen Landtag einen interessanten Einblick in die Debatte über Verbraucherinteressen, Umweltschutz und Landwirtschaft, die unter Begleitung von eindrucksvollen Treckerdemos in der Landeshauptstadt aber auch in Berlin geführt wird. Der hohe Wettbewerbsdruck führt zu immer höherer Effektivität und Betriebsgröße in der Landwirtschaft. Intensive Düngung sowie Gülle aus der Nutztierhaltung haben aber negative Folgen für Umwelt und Klima. Zudem entstehen Gegensätze zwischen dem Griff der Verbraucher nach den günstigsten Angeboten und der Garantie von naturverträglicher Aufzucht und Tierwohl. Diese Konflikte müssen mit Respekt vor der Leistung der Landwirtschaft und gleichzeitig mit Rücksicht auf die Umwelt gelöst werden. Keine einfache Aufgabe.

Einblicke in die Themen in der Stadt Burgwedel gab Bürgermeister Axel Düker (s. Interview auf S. 1). In Bezug auf die erfolgreichen Verhandlungen für den Standort des Krankenhauses dankte der Bürgermeister noch einmal ausdrücklich der Wöhler-Stiftung als einer der GrundeigentümerInnen für ihre Bereitschaft zum Flächentausch. Dies ist für die Stiftung eine Ausnahme zum Zwecke der Gesundheitsversorgung in Burgwedel. Denn der Verkauf von Flächen wäre der Stiftung gar nicht erlaubt.

Abschließend berichtete der Regionsabgeordnete und SPD-Vorsitzende Andreas Strauch über wichtige Beschlüsse der Region. Neben dem Neubau des Klinikums in Großburgwedel mit zugesagten Landeszuschüssen in Millionenhöhe sind das vor allem einige wichtige Maßnahmen zur Stärkung des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs. Ab dem nächsten Fahrplanwechsel wird die GVH Sparcard für 15,00 Euro monatlich auch für Auszubildende zu haben sein. Gleichzeitig soll eine Senioren-Card für 30,00 Euro monatlich eingeführt werden, die ebenfalls im ganzen Regionsgebiet gültig ist. Eine Partnercard für Jahresabos ist dann zum halben Preis zu erwerben. Deutliche Signale für einen Verbraucherfreundlichen Nahverkehr und gleichzeitig für mehr Klimaschutz in der Region. ■

MITGLIEDEREHRUNG DER SPD IN BURGWEDEL

Für 40 Jahre Mitgliedschaft in der SPD erhielten Ilona Papenburg aus Engensen und für 25 Jahre in der SPD Siegfried Schramke aus Wettmar Urkunden von der SPD-Landtagsabgeordneten Thordies Hanisch.
Foto v.l.n.r.: Mitgliederbeauftragter Julian Kienast, Siegfried Schramke, Ilona Papenburg, Thordies Hanisch und Vorsitzender Andreas Strauch ■

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Ortsverein Burgwedel
Hannoversche Straße 9, 30938 Burgwedel
V.i.S.d.P.: Andreas Strauch
Redaktion: Karin Beckmann, Anke Bsteh
Bildnachweis: Corinna Hasse, Michael Plümer – pluemer-fotografie.de, Jochen Rödiger, shutterstock
Satz und Gestaltung: Anette Gilke
Druck QUBUS media GmbH, Hannover
Klimaneutral Druckprodukt
ClimatePartner.com/53326-1911-1015